Melanie Wery-Sims Kapellenstr. 3 54426 Breit Tel. 0152-31873515 melaniewerysims@dielinke-bekawi.de



02.09.2019

Antrag an den Kreistag

ICAN-Städteappell

Der Kreistag möge sich dem ICAN-Städteappell mit folgendem Beschluss anschließen:

"Unser Landkreis ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf."

Außerdem sollten alle Kommunen im Kreis darauf aufmerksam gemacht und gebeten werden, sich auch dem Appell anzuschließen.

Begründung:

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Kommunen dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind wir vor Ort direkt betroffen und sollten uns deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte und Einrichtungen eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung in Kauf und sehen den Einsatz von Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Kommunen tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir uns gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Kommunen ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Kommunen die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher, die Bundesrepublik ist dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen bisher nicht beigetreten.



Ein neues Bündnis von Kommunen weltweit stärkt die Stimmen der Menschen vor Ort und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäfte zu unterlassen.

Städte in Deutschland, die den Appell unterzeichnet haben:

- 1. Mainz, unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Michael Ebling, 2. Februar 2019
- 2. Wiesbaden, Beschlossen vom Magistrat, 20. Februar 2019
- 3. Marburg, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22. Februar 2019
- 4. Köln, unterzeichnet durch die Oberbürgermeisterin Henriette Reker, 5. März 2019
- Potsdam, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Mike Schubert, 6. März 2019
- 6. München, unterzeichnet durch Oberbürgermeister Dieter Reiter, 12. März 2019
- 7. Göttingen, Ratsbeschluss, 15. März 2019; vom OB Rolf-Georg Köhler unterzeichnet, 23. Juli 2019
- 8. Reinheim, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22. März 2019
- 9. Dortmund, Stadtratsbeschluss vom 28. März 2019
- 10. Bremen, Senatsbeschluss, unterzeichnet durch den Bürgermeister Carsten Sieling, 2. April 2019
- 11. Schwerin, Beschluss der Stadtvertretung, 08. April 2019
- 12. Herne, Ratsbeschluss, 9. April 2019
- 13. Mörfelden-Walldorf, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 9. April 2019
- 14. Düsseldorf, Ratsbeschluss, 11. April 2019
- 15. Kaiserslautern, Ratsbeschluss, 15. April 2019
- 16. Naumburg, Gemeinderatsbeschluss, 17. April 2019
- 17. Ilmenau, Stadtratsbeschluss, 25. April 2019
- 18. Schwalbach, Magistratsbeschluss, 29. April 2019
- 19. Freiburg, unterzeichnet durch Oberbürgermeister Horn, 30. April 2019
- 20. Tübingen, Gemeinderatsbeschluss, 2. Mai 2019
- 21. Hannover, Ratsbeschluss am 25. April, Unterzeichung durch Bürgermeister Hermann am 9. Mai 2019
- 22. Berlin, Beschluss des Abgeordnetenhauses am 9. Mai 2019
- 23. Kiel, Stadtratsbeschluss vom 16. Mai 2019
- 24. Essen, unterschrieben vom Oberbürgermeister Thomas Kufen am 16. Mai 2019
- 25. Flensburg, Ratsbeschluss am 16. Mai 2019
- 26. Kassel, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 20. Mai 2019

Bernkastel-Wittlich

- 27. Nürnberg, Ratsbeschluss, 22. Mai 2019
- 28. Fürth, Stadtratsbeschluss, 22. Mai 2019
- 29. Erlangen, Stadtratsbeschluss, 29. Mai 2019
- 30. Maintal, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 11. Juni 2019
- 31. Hanau, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 17. Juni 2019
- 32. Siegen, Ratsbeschluss, 19. Juni 2019
- 33. Aschaffenburg, Stadtratsbeschluss, 24. Juni 2019
- 34. Braunschweig, Stadtratsbeschluss, 25. Juni 2019
- 35. St. Ingbert, Stadtratsbeschluss, 11. Juli 2019
- 36. Lindau, Stadtratsbeschluss, 16. Juli 2019
- 37. Hilchenbach, Stadtratsbeschluss, 26. Juni 2019
- 38. Marbach, vom Bürgermeister Trost unterzeichnet, 02. Juli 2019
- 39. Düren, Stadtratsbeschluss, 03. Juli 2019
- 40. Krefeld, Stadtratsbeschluss, 04. Juli 2019
- 41. Solingen, Stadtratsbeschluss, 04. Juli 2019
- 42. Neustadt/Aisch, Stadtratsbeschluss, 05. Juli 2019
- 43. Wuppertal, Stadtratsbeschluss, 08. Juli 2019
- 44. Trier, unterschrieben vom Oberbürgermeister Wolfram Leibe, 09. Juli 2019
- 45. Bochum, Stadtratsbeschluss, 11. Juli 2019
- 46. Altena, vom Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein unterschrieben, 9. August 2019

Landkreise

- 1. Werra-Meißner-Kreis, Kreistagsbeschluss, 20. Mai 2019
- 2. Kreis Groß-Gerau, unterschrieben vom Landrat Thomas Will, 08. Juli 2019

Die durch die Stadtverordneten, Oberbürgermeister*innen, Magistrate, Stadt- und Gemeinderäte, Kreistage und Abgeordnetenhäuser vertretene Bevölkerung repräsentiert derzeit 17% der Gesamtbevölkerung Deutschlands.

Mela Wery-Sims

Fraktionsvorsitzende DIE LINKE/ödp

Heide Weidemann Fraktion DIE LINKE/ÖDP